



Mehr Europa?

Prof. Dr. Rolf Weder, Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Basel

Frau Bundeskanzlerin Merkel verpasst kaum eine Gelegenheit, ihre seit dem Ausbruch der Eurokrise bekannt gewordene Botschaft „wir brauchen mehr Europa“ zu wiederholen. Und die EU-Kommission publizierte vor zwei Jahren einen Bericht mit dem Titel „Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“.

Im Bericht wird argumentiert, dass „Europa vor schwerwiegenden Entscheidungen“ stehe; entweder mache man „weiter mit unkoordinierten Reformen“ auf der Ebene der einzelnen Länder und „riskiere dauerhafte Wohlstandseinbussen“, „hohe Arbeitslosenzahlen“ und eine „relative Bedeutungslosigkeit Europas auf der Weltbühne“. Oder aber man „stelle sich gemeinsam den Herausforderungen“, um die „Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen“ und so „dem längerfristigen Wohlstand der Union den Weg“ zu bereiten.

Was ist mit „mehr Europa“ gemeint? Passt der Begriff „Europa“ überhaupt in diesem Zusammenhang? Ist nicht eher ein „Mehr an Europäischer Union (EU)“ gemeint? Oder ist dies dasselbe, wie die Kommission zu vermitteln scheint? Und was bedeutet es, mehr vom einen oder anderen zu haben? Wie Beat Spirig und ich im Kapitel „Die EU ist nicht Europa“ in unserem neuesten Buch „Von Rosinen und anderen Spezialitäten. Die Schweiz und die EU“ (NZZ-Verlag) ausführen, umfasst die EU nur einen Teil Europas und beinhaltet auch etwas anderes als Europa. Dass dem so ist, lässt sich auch

aus den verschiedenen Äusserungen der Bundeskanzlerin (und ihres französischen Kollegen Sarkozy) ableiten. Ihre Argumentation zeigt in dieselbe Richtung wie der erwähnte Bericht der EU-Kommission.

Die Aussage „wir brauchen mehr Europa“ entstand im Zusammenhang mit der Eurokrise und lässt sich meines Erachtens folgendermassen interpretieren. Gemeint ist, dass die Mitglieder der EU mit mehr Solidarität und Zusammenhalt die Eurokrise bewältigen müssen, indem überschuldete Länder wie zum Beispiel Griechenland mit Garantien und Finanzspritzen von allen anderen unterstützt werden. Zudem geht die EU-Politik davon aus, dass eine Verhinderung künftiger Krisen einen permanenten Rettungsschirm benötigt. Gemeint ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als Nachfolgeinstitution der heutigen Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) bzw. des Euro-Rettungsschirms, der in England auch „Bail-Out-Fund“ genannt wird. Zusätzlich herrscht Einigkeit, dass die Länder in Zukunft einer strengen Haushaltsdisziplin unterworfen werden müssen.

Mit anderen Worten, der Erhalt des Euro verlangt nach mehr politischer Integration. Richtig wäre es also, in diesem Zusammenhand von „mehr Europäischer Union“ zu sprechen. Die EU erhält mehr Kompetenzen, die Länder geben Autonomie im Bereich der Finanzpolitik an Brüssel ab. Wie weit die zusätzliche politische Integration gehen soll, ist offen. Vieles ist möglich.

In den Aussagen von Merkel, Sarkozy und anderen lassen sich Tendenzen ausmachen, dass diese Integration auch die Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beinhalten könnte.

Bei vielen besteht der Wunsch, diese Integration auch auf die Nicht-Euro-Mitglieder wie England auszudehnen. England reagierte bisher zurückhaltend. Einige wünschen sich ein Mitmachen von weiteren Ländern — ja von ganz Europa. Als Beobachter fragt man sich natürlich, wozu dies gut sein soll. Dazu liefert der erwähnte Bericht der EU-Kommission eine Antwort. Politische Integration wird als Mittel betrachtet, um die Herausforderungen der EU (und von ganz Europa) zu bewältigen. Die Arbeitslosigkeit in der EU sei mit gemeinsamen Massnahmen zu reduzieren (Stichwort „Stärkung der Sozialpartnerschaft“), die Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsame Forschungsprojekte und Forschungsförderungen zu steigern.



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Mehr Europa?

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sind die hier vermuteten Zusammenhänge alles andere als zwingend. Im Gegenteil, Theorie und Erfahrungen lehren uns, dass die hohe Arbeitslosigkeit primär eine Folge der nationalen Arbeitsmarktregulierungen ist – wobei die Währungsunion die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit noch verstärkt haben dürfte. In Deutschland beträgt sie derzeit 7%, in Spanien 23%, in Frankreich 10% und in Österreich 4%. Gefordert sind also die Nationalstaaten. Auch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verlangt kein gemeinsames Vorgehen. Meint man damit die Produktivität, hängt diese primär von verschiedenen Elementen der nationalen Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftssystems ab. Meint man damit die Fähigkeit, Güter und Dienstleistungen zu exportieren, ist diese immer gegeben, wie die Handelstheorie aufzeigt, sofern die Löhne in einem Land einigermassen flexibel sind. Und dies hängt wiederum von den nationalen Arbeitsmarktregulierungen ab.

Auch in der Fiskalpolitik, d.h. bei den Ausgaben und Einnahmen der Staatshaushalte wäre ein stärkeres gemeinsames Vorgehen nicht notwendig, wenn die Staaten die Konsequenzen des eigenen Fehlverhaltens mehrheitlich selber tragen müssten. In einer

Währungsunion besteht zwar in der Tat die Gefahr, dass Staaten die Kosten einer Überschuldung teilweise auf die Mitglieder der Währungsunion abwälzen. Allerdings hängt dies stark davon ab, ob die anderen dies zulassen. Ein unsolidarisches Verhalten würde die diesbezüglichen Möglichkeiten stark beschränken. Mit anderen Worten, man könnte die Staaten relativ eigenständig handeln lassen in ihrer Finanzpolitik, solange man ihnen und den Investoren klar signalisiert, dass man die Schuldner nicht rettet – wie dies mit der sogenannten No-Bailout-Klausel im existierenden Vertrag eigentlich vorgesehen ist. Signalisiert man allerdings Solidarität durch die Errichtung eines Bail-Out-Funds, ist es folgerichtig, die Fiskalpolitik vermehrt zu zentralisieren. Und genau das scheint im Moment die Strategie der Politik zu sein. Offen ist, ob dieses „Mehr an EU“ auch von einer breiten Öffentlichkeit getragen werden wird.

Kann man diese hier skizzierte, mögliche Weiterentwicklung der EU als „mehr Europa“ bezeichnen? Meines Erachtens nicht; Europa steht für regionale und nationale Vielfalt in Bereichen wie Wirtschaft, Gesellschaft, Sprachen und Kultur. Ein Erhalt dieser Vielfalt bedingt meines Erachtens eine weiterhin eigenständige und auch eigenwillige

Entwicklung der Länder Europas. Der Wettbewerb zwischen den Ländern und zwischen den Systemen ist dabei ein wichtiges Instrument, um diese Entwicklung zu fördern. Natürlich sollen gewisse Standards wie die Menschenrechte auf der Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eingehalten werden. Der Umbau ganzer Wirtschaftssysteme, wie dieser momentan im Fall von Griechenland mit dem Argument der Erhaltung des Euro abläuft, gehört meines Erachtens aber nicht dazu. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Reformen ein Land wie Griechenland der eigenen Tradition und Verwurzelung beraubt wird.

Ich schliesse daraus, dass wir in der Tat „mehr Europa“ brauchen. Dies heisst aber nicht „mehr EU“. Im Gegenteil, es geht darum, dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Länder möglich sind, die Länder aber die Konsequenzen dieser eigenwilligen Entwicklungen mehrheitlich auch selber tragen. Die Politik der EU, in Europa und der Welt als Ganzes könnte sich so vermehrt den Dingen widmen, die international und global koordiniert werden *müssen*, wie dies zur Erhaltung der natürlichen Umwelt höchste Zeit ist.

Interdisziplinäre Vortragsreihe:

Grenzüberschreitende Integration. Der Basler Dreiländerraum gestern-heute-morgen

jeweils am Mittwoch, 18.15 Uhr, im Kollegiengebäude der Universität Basel, Hörsaal 001.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

- | | |
|-----------|---|
| 28.3.2012 | Georg Kreis: Das Europa der Regionen |
| 18.4.2012 | Martin Weber: Zur Geschichte der Regio Basiliensis |
| 25.4.2012 | Hans-Martin Tschudi: Der rechtliche und institutionelle Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein |
| 2.5.2012 | Eric Jakob: Von der Idee zur Praxis - der Alltag der Regio-Arbeit |
| 9.5.2012 | Birte Wassenberg: Eigenheiten der grenzüberschreitenden Kooperation im Raum Strassburg |
| 16.5.2012 | René Frey: Grenzüberschreitende Kooperation zur Stärkung städtischer Regionen |
| 23.5.2012 | Christoph Koellreuter: Zwischen Bern und Brüssel - Trinationale Metropolregion |

Europakolloquium:

um 18.15. am Europainstitut, Gellertstrasse 27. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

- | | |
|-----------|---|
| 12.4.2012 | Dr. Urs Frei, Stv. Bereichsleiter Raumfahrt (EDI): Europa im Weltraum - und die Schweiz? |
|-----------|---|



Europakolloquium vom 1. März 2012:

Zwischen Belgrad, Pristina und Brüssel

Vortrag von Raphael Nägeli, Diplomat (EDA)

Tanja Klein, Assistentin Politikwissenschaft, Europainstitut der Universität Basel

Am 1. März 2012 lockte das erste Europakolloquium des Frühjahrssemesters zahlreiche Interessierte in den Seminarräum des Europainstituts. Raphael Nägeli vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) referierte zum Thema „Zwischen Belgrad, Pristina und Brüssel“. Dass dieses Thema weiterhin grosse politische Aktualität aufweist, wurde bereits zu Beginn des Abends deutlich: zeitgleich fand in Brüssel ein Gipfel des Europäischen Rates statt, der u.a. die Frage nach einem EU-Kandidatenstatus für Serbien behandelte.

Die Europäische Union engagiert sich im Rahmen dreier Missionen im Kosovo: ICO/EUSR, EULEX und ECLO. Nägeli, der selbst drei Jahre im Kosovo lebte, wies darauf hin, dass zwischen den Missionen teils Koordinationsprobleme existierten. Zudem führten die drei Missionen ein Eigenleben, so dass eine geplante „Local Political Guidance“ durch den Chef von ICO de facto nicht erfolge. Auch die fehlende Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch fünf EU-Mitgliedstaaten erweise sich teils als problematisch, u.a. da die EU keine Verträge mit Ko-

sovo abschliessen kann. Nägeli erläuterte, dass sich die Politik der EU nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags und dem Amtsantritt Catherine Ashton verändert habe: es stehe nun nicht mehr das „Institution Building“ im Vordergrund. Vielmehr biete sich die EU als Vermittler an. Dies sei auch als Reaktion auf das IGH-Urteil von 2010 zurückzuführen, in dem festgestellt wurde, dass die Unabhängigkeitserklärung Kosovos legal sei.

Serbiens Verhandlungen mit der Europäischen Union verliefen teils sehr stockend. Nach den Wahlen 2008 wurde die Europäische Integration jedoch zur Priorität der Regierung erklärt. Zwischenfälle an der Grenze zwischen Serbien und Kosovo führten allerdings in jüngerer Zeit erneut zu Verzögerungen. Seit dem 1. März 2012 ist Serbien nunmehr offiziell Kandidat für einen EU-Beitritt.

In seinem Fazit stellte Nägeli fest, dass im Dreieck Serbien-Kosovo-EU politisches technisch sei und technisches politisch. So fielen Entscheidungen teils ausserhalb des Rahmens der Kopenhagener Kriterien. Des Weiteren führe

das Konsensprinzip im Rat der Europäischen Union zu einer gewissen Unberechenbarkeit der EU: einzelne Staaten könnten auf Grund ihres Vetorechts Entscheidungen blockieren. Auffällig sei zudem, dass sich die Institutionen der EU in einem Transitionsprozess befänden. Hierdurch seien Prozesse noch nicht eingespielt, wodurch einzelne Personen eine wichtige Bedeutung erhalten könnten. Schliesslich mache die Entwicklung zwischen Belgrad, Pristina und Brüssel deutlich, dass in der EU nicht ausschliesslich das Resultat im Zentrum stehe, sondern dass der Prozess an sich und somit auch permanente Verhandlungen eine wichtige Rolle spielten.

Im Anschluss an den Vortrag hatte das Publikum die Möglichkeit, Fragen an den Referenten zu stellen. Besonderes Interesse weckten dabei die Erfolge und Misserfolge von EULEX, die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Frage nach der Anerkennung Kosovos. Raphael Nägeli bot sich hier die Gelegenheit, kompetent Auskünfte zu geben und weitere interessante Aspekte zum Verhältnis Belgrad – Pristina – Brüssel zu ergänzen.

Alumni Association



Was macht eigentlich...

...Valentins Hitrovs

Der ehemalige EIB-Student Valentins Hitrovs schloss sein Nachdiplomstudium im 2009 mit der Diplomarbeit zum Thema «State Aid in EU Banking Sector» am Europainstitut ab und arbeitet heute bei der Wettbewerbsbehörde in Lettland.

Philipp Jordi, Alumni Association des Europainstituts der Universität Basel

After finishing my MAS-studies at the Europainstitute, I continued my career as a lawyer at the Latvian Competition Council – a national authority responsible for enforcing Latvian and EU competition rules. My work can be broadly delineated by the internal and external

operation of the Council.

Within the former, I check that all material and procedural competition rules are observed during the administrative and investigative process at the Council. Work is done together with a case

handler, who as a rule is an economist. Ultimately, economic rationale behind the enforcement measure is translated into a binding decision of the Council, and I have to make sure that the decision is legally sound, to withstand appeals and scrutiny by the courts. This

means that the reasoning is based on the national and EU case law, decisional practice of the Council and the European Commission, as well as a wide array of other legal and academic sources. Understanding of economics facilitates important communication with our case handlers and makes it easier to explicate Council's decisions before the Court. Also, the Council's team of lawyers is responsible for keeping up national regulatory framework with the latest developments. Recently, we drafted major amendments to the Latvian Competition Act with the objective of closer convergence with the EU procedural law in the field of competition enforcement.

As for the external operation of the Council, it covers cooperation within the European Competition Network,

comprised of the national competition authorities of all the EU Member States together with the European Commission. Network entails coordination of investigation efforts at the EU level, continuous work on the convergence of the national competition regimes and shaping legislative and decisional proposals of the Commission. It is also a useful forum to draw on the collective experience by asking for a practical advice. Expertise in the EU Law helps to ensure frictionless representation of the Council within the Network.

In parallel, I am also advising on the development and implementation of competition law and policy in the Republic of Moldova. Modernization of the competition regime in Moldova is carried out within the framework European Neighbourhood Policy. In this

respect my work directly contributes to the EU integration efforts of the Republic of Moldova – a process I would not be able to take full advantage of if I didn't spent the year at the EIB.

As competition law originates from economic theory, for a lawyer that requires not only an excellent legal education, but also a solid understanding of economics. Studying EU Law and Economics at the Europainstitute resulted in an essential building block for my career. The MAS offered a practical interdisciplinary approach to these subjects through a perspective of legal and economic integration of the EU. Coupled with a political and historical background, it provided me with a complete set of tools to live and work in the EU, which my home country of Latvia joined in the year 2004.

Veranstaltungen/Mitteilungen



Shlomo Hasson (links) und Rami Nasrallah, die beiden ersten Visiting Fellows am EIB

Visiting Fellows:

Das Center for European and International Studies stellt neu international ausgewiesenen Forscherinnen und Forschern im Bereich der Europäischen Integration seine Infrastruktur und ein anregendes Umfeld für einige Wochen oder Monate zur Verfügung.

Auf Einladung weilen Ende März die Städte- und Regionalplaner Prof. Dr. Shlomo Hasson (Hebrew University of Jerusalem) und Dr. Rami Nasrallah (International Peace Cooperation center, Jerusalem) als erste Visiting Fellows am Center for European and International Studies. Mitte April besucht Carsten Hefeker, Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der Universität Siegen, das Europainstitut.

Neue Reihe

Interdisziplinäres Forschungskolloquium:

Mittwoch, 18. 15 Uhr am Europainstitut, Gellertstrasse 27. Für Forscherinnen und Forscher sowie interessiertes Fachpublikum. Mehr Informationen zu den Forschungskolloquien unter www.europa.unibas.ch.

11.4.2012 Prof. Carsten Hefeker: **Bürokraten oder Richter: Wann wird delegiert und für wie lange?**

Im Rahmen des ersten Forschungskolloquiums am EIB referiert Prof. Hefeker über die Frage, was der strategische Anreiz für Regierungen ist, Entscheidungskompetenzen von Bürokraten bspw. an Richter oder die Nationalbank abzutreten.

Weiterbildungsseminar:

Was leistet der Wirtschaftsjournalismus?

Mittwoch, 30. Mai 2012, 14.15 – 18.00 Uhr, Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel.

Kurzreferate und Paneldiskussion: **Peter Fischer**, Wirtschaftsredaktion der NZZ, **Thomas Oberer**, Wirtschaftsredaktion von Radio DRS, **Felix Erbacher**, Wirtschaftsredaktion der Basler Zeitung, **Beat Kappeler**, Kolumnist der NZZ am Sonntag, **Kurt Imhof** und **Esther Kamber** vom fög der Universität Zürich, **Silvio Borner** und **Peter Bernholz**, ehem. Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel, **Rolf Weder** von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, **Franz A. Saladin**, Direktor der Handelskammer beider Basel

Anmeldung bis am 11. Mai 2012. Mehr Informationen unter www.europa.unibas.ch.